

Depas, Günther

Article — Digitized Version

Italien geht auf Stabilitätskurs

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Depas, Günther (1970) : Italien geht auf Stabilitätskurs, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 10, pp. 612-615

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134183>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Italien geht auf Stabilitätskurs

Dr. Günther Depas, Mailand

Die italienische Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Phase verstärkter inflationärer Tendenzen. Sie werden einerseits durch die Fehlbeiträge der öffentlichen Haushalte und andererseits durch die sowohl auf die Kosten der Unternehmen als auch auf den Konsum wirkenden Lohnsteigerungen vom Beginn dieses Jahres verursacht. Obwohl die Inflationsrate mit bislang erst 5–6% dem internationalen Preisanstieg trotz aller Unkenrufe noch immer nicht davongelaufen ist, gibt die Situation vor allem deswegen Anlaß zur Besorgnis, weil Streiks und die stellenweise bereits sehr hohe Kapazitätsausnutzung die Produktion nicht so schnell wachsen lassen, wie dies zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage erforderlich wäre. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ist die Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur um 3,8% gestiegen.

Nachwirkungen der Streikwelle

Die Streikwelle des vergangenen Herbstes wirkt nicht nur in höheren Löhnen und Gehältern nach, sondern auch in innerbetrieblichen Umstellungen, die sich durch die fühlbare Verminderung der Arbeitszeit als notwendig erwiesen. In zahlreichen Unternehmen, auch in den großen Konzernen, sind die geleisteten Überstunden erheblich zurückgegangen. Damit wurden in vielen Fällen Rationalisierungsmaßnahmen und gleichzeitig die Einstellung neuer Arbeitskräfte erforderlich. Im ersten Quartal dieses Jahres nahm die Beschäftigung in der Industrie gegenüber der Vergleichsperiode des vergangenen Jahres um 2,7% zu. Gleichzeitig ging die geleistete Arbeitszeit aber um 1,4% zu-

rück. Die Engpässe in der Produktion zeigen sich nicht zuletzt darin, daß die Ausfuhr in der ersten Jahreshälfte nur um 7% zunahm, die von der kräftig wachsenden Binnennachfrage angeheizten Einfuhren aber um über 20% stiegen.

Die Stabilisierung der Konjunktur hängt jetzt vor allem davon ab, ob die Gewerkschaften gewillt sind, der Wirtschaft und dem Staat zumindest bis zum Ende des Jahres eine Atempause zu gewähren. Gelingt es, die vorhandenen Kapazitäten ohne neue Streikbehinderungen optimal auszunutzen, ist es nicht ausgeschlossen, die Industrieproduktion um 7–8% und das Bruttosozialprodukt plangemäß um 5–6% zu steigern. Atmosphärisch hat sich die Situation seit Ende Juni, als die letzten Streiks erfolgten, mittlerweile merklich gebessert. Die Kommunisten haben wiederholt in Stellungnahmen zu erkennen gegeben, daß auch ihnen an einer Stabilisierung der Konjunktur und hohen Wachstumsraten gelegen ist. Die Gewerkschaften befürworten ebenfalls einen Burgfrieden, auch wenn hier und da an den Konjunktur- und Reformmaßnahmen der Regierung scharfe Kritik geübt wird.

Auftakt zur Stabilisierungspolitik

Die Regierung selbst hat Ende August mit einem Bündel von Maßnahmen den Auftakt für eine Stabilisierungspolitik gegeben, um die Nachfrage teilweise von der Konsum- zur Investitionsseite zu verlagern und die inflationär wirkenden öffentlichen Haushalte zu bereinigen. Das konjunkturpolitische Maßnahmenpaket umfaßt insbesondere Steuererhöhungen im Konsumgüterbereich und Kredit- und Steuervergünstigungen zur Förderung der Investitionen und der Kapitalmarktfinanzierung. Insgesamt erbringt das Anziehen der Steuerschraube der Staatskasse zusätzliche Etatmittel in Höhe von 650 Mrd. Lire. Damit soll nicht nur ein Teil der defizitären Krankenkassenhaushalte, sondern auch die Auffüllung der staatlichen Investitionsfonds für das Handwerk und die Klein- und Mittelbetriebe finanziert werden. Von weittragender Bedeutung sind auch die Maßnahmen, die zur Stützung des Kapitalmarktes ergriffen wurden. In diesem Fall handelt es sich um die Fristverlänge-

Dr. Günther Depas, 38, Dipl.-Volkswirt, promovierte nach seinem Studium in der Bundesrepublik in Mailand. Er war u. a. Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutsch-Italienischen Handelskammer, Mailand, und ist z. Z. wieder freiberuflicher Wirtschaftskorrespondent deutscher, österreichischer und schweizerischer Zeitungen.

zung für die Fiskalvergünstigungen bei Fusionen und Zusammenschlüssen von an der Börse notierten Gesellschaften. Eine Neuerung besteht darin, daß die progressive Körperschaftsteuer für jene Gesellschaften um 10 % herabgesetzt wird, deren Aktien zwischen dem Inkrafttreten dieser Maßnahme und dem Beginn der großen Steuerreform, die für Anfang 1972 geplant ist, zum Börsenhandel zugelassen werden. Bei Kapitalerhöhungen bereits an der Börse geführter Gesellschaften ist der Aufstockungsbetrag einschließlich eventueller Aktienaufpreise für fünf Jahre, vom HV-Beschluß an gerechnet, von der Körperschaftsteuer befreit. Wichtig ist auch die jetzt zugestandene Befreiung von der proportionalen Körperschaftsteuer und von der Steuer auf Obligationen für Anleihen und deren Erträge, die bis zum Inkrafttreten der großen Steuerreform von seiten italienischer Gesellschaften im Ausland emittiert werden. Dadurch wird der Anreiz, Kapital auf den Auslandsmärkten aufzunehmen, noch stärker als bisher, was nicht ohne Wirkung auf die Zahlungsbilanz bleiben dürfte.

Die Steuererhöhungen schaffen der Zentralbank den Flankenschutz, den der Gouverneur der Banca d'Italia, Guido Carli, schon seit Monaten gefordert hatte, und geben die Möglichkeit, in absehbarer Zeit die harten Kreditrestriktionen wieder zu lockern. Die Refinanzierung der in den letzten Monaten nahezu vollständig erschöpften staatlichen Investitionsfonds trägt dazu bei, den kleinen und mittleren Unternehmen, die von den Lohnsteigerungen und den Kreditrestriktionen besonders hart betroffen wurden, neue Aktionsfreiheit zu verschaffen. Davon verspricht sich die Regierung eine Ankurbelung nicht nur der Produktion, sondern auch des Exports, womit die Zahlungsbilanz auch von dieser Seite Stützung erhalten könnte.

Haushaltspolitische Maßnahmen

Entsprechend den neuen fiskal- und konjunkturpolitischen Zielsetzungen und den Bemühungen, die öffentlichen Haushalte möglichst konjunkturneutral zu halten, hat die italienische Regierung ein Fehlbetrag des Staatsetats für das Jahr 1971 auf der Höhe des laufenden Jahres eingefroren und die Aufnahme von Kapitalmarktmitteln eingeschränkt. Damit haben die kurzfristigen Stabilisierungsmaßnahmen auch im Haushalt eine Abstützung gefunden. Das wichtigste Ziel, die Zunahme der öffentlichen Ersparnisbildung, wird indessen auch im nächsten Jahr nicht erreicht werden, weil der überwiegende Teil der laufenden Einnahmen durch die laufenden Ausgaben aufgezehrt wird. Die Starrheit des italienischen Etats geht nicht nur daraus hervor, daß im Voranschlag für das kommende Jahr die laufenden Ausgaben 82,9 % des

Gesamtaufwands ausmachen, gegenüber 80,5 % im laufenden Jahr, sondern verdeutlicht sich auch darin, daß 96,2 % der laufenden Einnahmen dazu dienen, die laufenden Ausgaben zu decken. Die Haushaltseinnahmen werden 1971 um 10,9 % (auf 12 147,3 Mrd. Lire) und die Ausgaben um 9,3 % (auf 14 013,6 Mrd. Lire) wachsen, so daß sich ein Fehlbetrag von 1 866,3 (1 867,7) Mrd. Lire ergibt. Die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch das Schatzamt wird sich auf 876,9 Mrd. Lire beschränken, gegenüber einer Kapitalmarktentnahme von 1 193,7 Mrd. Lire in diesem Jahr. Diese Verminderung ist eine zwangsläufige Folge des Hochzinstitrends und der Schwierigkeiten, denen auch die öffentliche Hand bei der Unterbringung ihrer Emissionen begegnet, seitdem die Zentralbank in vielen Fällen die Kursstützung aufgegeben hat.

Defizite der Gebietskörperschaften

Die verringerte Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat ist ein positives Merkmal; negativ zu werten ist dagegen, daß die Etats der öffentlichen Unternehmen, wie des Staatsmonopols, der Post, der Staatsbahnen und der staatlichen Straßenverwaltung, ein Defizit von zusammen 511,6 (406,2) Mrd. Lire ausweisen. Dadurch werden die Anstrengungen des Staates, Ordnung in den Haushalt zu bringen, zum Teil wieder zunichte gemacht. Große Sorgen bereiten der Regierung derzeit auch die Defizite der Gebietskörperschaften wie der Kommunen und Provinzen. Auch in diesem Fall verhindert die Defizitsituation die Bildung von Ersparnissen und damit die Durchführung dringend notwendiger Investitionen im Sozialbereich. Offiziellen Untersuchungen zufolge werden die Gebietskörperschaften im laufenden Jahr langfristige Hypothekendarlehen im Wert von mindestens 1200 Mrd. Lire (im vergangenen Jahr 720 Mrd. Lire) aufnehmen müssen, um ihre Fehlbeträge zu finanzieren. Schon Anfang 1969 hatten die Kommunen und Provinzen Hypothekenschulden von 3895 Mrd. Lire, womit diese mehr als die Hälfte der zu diesem Zeitpunkt insgesamt 7106 Mrd. Lire betragenden Hypothekendarlehen des Kreditsystems für sich beanspruchten. Die Belastung der Hypothekenanstalten trägt zusätzlich zur Verstopfung des Rentenmarktes bei und bindet Finanzierungsmittel, die anderenfalls der Wirtschaft zufließen könnten. Die Regierung will deshalb die Ausgabenkontrollen erheblich verschärfen und graduell dafür sorgen, daß diese Inflationsquelle gestopft wird.

Dasselbe gilt von den Krankenkassenetats, die nach Schätzungen der Regierung im laufenden Jahr auf 1100 Mrd. Lire auflaufen werden. In diesem Fall werden die Ende August beschlossenen Maßnahmen dafür sorgen, daß dieser Fehlbetrag um wenigstens 250 Mrd. Lire herabgesetzt wird.

Eine Generalvereinbarung, die aber bestenfalls erst in zwei Jahren abgeschlossen werden dürfte, wird erst die große Reform des Krankenkassenwesens herbeiführen, die derzeit in Vorbereitung ist.

Entspannung der Währungslage

Die kurz- und langfristigen Maßnahmen des seit Anfang August amtierenden Kabinetts Colombo haben inzwischen im In- und Ausland neues Vertrauen in die italienische Wirtschaft geweckt und den Druck von der Lira genommen, der sich besonders in den letzten Juliwochen verstärkt hatte. Eine Entspannung der Währungslage brachten auch die Ereignisse auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten, die den Devisenabfluß aus Italien bremsten. Mit besonderer Befriedigung wurde in diesem Zusammenhang die von der Deutschen Bundesbank durchgeführte Diskontsenkung aufgenommen, die das trotz der Hochzinspolitik der italienischen Zentralbank immer noch bestehende Zinsgefälle gegenüber dem Ausland etwas abbaute. Die Beruhigung auf den internationalen Devisen- und Kapitalmärkten trug dazu bei, die Aufmerksamkeit von der Lira abzulenken und die Gerüchte über eine Abwertung verstummen zu lassen.

Zur Beruhigung der Lage haben außer objektiven Faktoren auch die scharfen Dementis aus Regierungs- und Zentralbankkreisen beigetragen, die noch durch die Erklärung von Ministerpräsident Emilio Colombo erhärtet werden, die dieser vor seinem Amtsantritt in Brüssel abgab. Darin wies er darauf hin, daß eine Lira-Abwertung die verkehrteste Maßnahme sei, die sich in der derzeitigen Situation eine italienische Regierung leisten könne. Im ersten Halbjahr schloß die Zahlungsbilanz Italiens mit einem Passivum von 350,6 Mrd. Lire, gegenüber einem Passivsaldo von 561,2 Mrd. Lire im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Zahlungsbilanzverbesserung geht auf die im Mai und Juni erzielten Aktivsalden zurück, für die nicht nur ein Abbau der Passivsalden im Kapitalverkehr um 941 Mrd. Lire, sondern auch der Zufluß von Devisen aus dem Tourismus maßgeblich waren. Diese beiden Faktoren neutralisierten die starke Zunahme des Fehlbetrags im Warenverkehr (+737 Mrd. Lire) und erhöhen die Aussichten, auch in diesem Jahr in den laufenden Posten mit einem wenn auch geringfügigen Aktivsaldo abzuschließen.

Keine Abwertung der Lira

Nicht umsonst konnte der Präsident der internationalen Studiengruppe zur Reform des Weltwährungssystems und Vizegouverneur der italienischen Zentralbank, Rinaldo Ossola, kürzlich darauf hinweisen, daß es sich im Falle Italiens nicht um „fundamentale Ungleichgewichte“ in den Zah-

lungen mit dem Ausland handele, sondern um Kapazitätsengpässe und Produktionsbehinderungen, die von den zahlreichen Streiks ausgehen.

Eine Abwertung hätte auf die Lösung dieser Probleme keinerlei Einfluß. Sie würde sogar eher dazu beitragen, die Spannungen noch zu verschärfen. Schließlich ist Italien noch immer ein ausgesprochenes Importland, und zwar gerade dort, wo eine Abwertung sofort auf die Inlandspreise durchschlagen würde. Seit Jahren ist der Fehlbetrag des Agraraußenhandels höher als das Gesamtdefizit im Warenverkehr. Das heißt, daß die Passivierung des Warenverkehrs mit dem Ausland in erster Linie darauf zurückgeht, daß durch den wachsenden Lebensstandard immer größere Mengen von Agrar- und Ernährungsgütern importiert werden. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Sozialisten eine Lira-Abwertung entschieden ablehnen.

Eine Paritätsänderung der italienischen Währung hätte auch nur dann einen Sinn, wenn die Preis- und Lohnpolitik in der Lage wäre, die positiven Auswirkungen einer Abwertung der Wirtschaft nutzbar zu machen. Diese Voraussetzung ist aber derzeit nicht zu erfüllen. Ein längeres Stillhalten der Gewerkschaften ist trotz des von den Gewerkschaftszentralen gegenwärtig eingehaltenen Burgfriedens nicht zu erwarten, auch wenn die neue Regierung den Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen aus übergeordneten volkswirtschaftlichen und politischen Erwägungen härter entgegentritt als die vorangegangenen Kabinette. Ebenso ist eine rigorose Haushaltspolitik zur Abschwächung der inflationären Tendenzen, die heute von den öffentlichen Etats ausgehen, nur schwer erfüllbar, trotz aller guten Vorsätze auf Regierungsseite. Dafür sorgen schon die zahlreichen Sozialreformen, zu denen sich der Staat bereits verpflichtet hat und denen er sich auch dann nicht entziehen kann, wenn er sich in Zukunft den gewerkschaftlichen Wünschen gegenüber stärker widersetzt. Unter diesen Umständen wären die Folgen einer Abwertung sehr schnell verpufft, ohne der Wirtschaft auch nur die geringste Atempause zu gönnen.

Flexible Wechselkurse

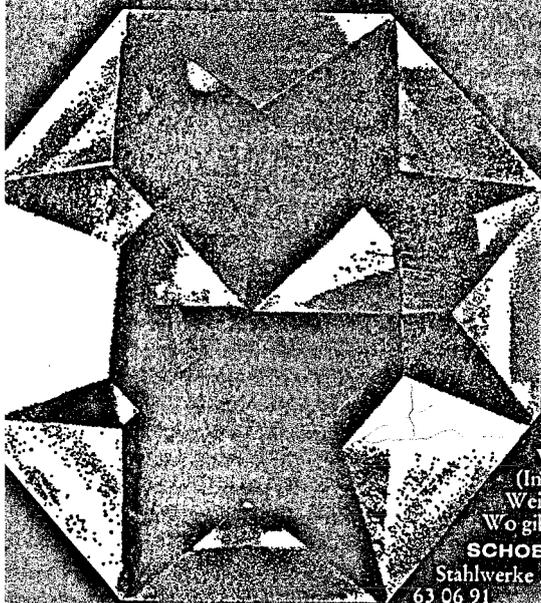
Die italienischen Währungsbehörden sind schon seit Monaten bemüht, die Partner des Weltwährungsfonds von der Nützlichkeit flexibler Wechselkurse zu überzeugen. Einer Reform des Weltwährungssystems in dieser Richtung stehen zwar große Hindernisse entgegen. Ebenso wie in der Frage der Sonderziehungsrechte, deren Schaffung maßgeblich dem zähen Wirken von Ossola und Carli zu verdanken ist, ist die römische Zentralbank aber zuversichtlich, in den kommenden Monaten auch die noch zögernden Länder auf die eigene Linie einzuschwören. Sollte die Banca

d'Italia damit durchdringen, käme einer Ab- oder Aufwertung längst nicht mehr die Bedeutung zu wie heute, da insbesondere Abwertungen einem Offenbarungseid gleichkommen. Für eine Abwertung der Lira bestehen heute keine Voraussetzungen, da die italienischen Währungsbehörden in ihrer Prinzipientreue die Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds sicherlich nicht leichtfertig übergehen werden. Die Bemühungen um Flexibilität deuten aber darauf hin, daß Italien sicher eines der ersten Länder wäre, das sich die vom IWF gutgeheißene größere Kursfreiheit zu nutzen machen würde.

Vorerst wird die italienische Regierung jedenfalls versuchen, die gewonnene Atempause zu nutzen und die aus dem Gleichgewicht gependelte Wirtschaft von neuem auf Stabilitätskurs zu bringen. Noch deutet auch alles darauf hin, daß die ergriffenen Maßnahmen den gewünschten Erfolg bringen werden. Dennoch wäre es voreilig, Vorschußlorbeeren zu verteilen. Die ungewöhnliche Eintracht, mit der die vier Koalitionspartner in den

konjunktur- und fiskalpolitischen Fragen handeln, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei der Fortführung des Wirtschafts- und Sozialprogramms neue Hindernisse auftauchen könnten. Auch wenn sich die Parteien inzwischen weitgehend einig sind in der Erkenntnis, daß der Staatsetat zum Zerreißen gespannt ist und die Zeiten, in denen Reformprogramme mit der Gießkanne verteilt wurden, endgültig vorbei sind, besteht auch künftig die Gefahr, daß die Sozialisten bei der Verwirklichung der inneren Reformen eigene Wege gehen werden. Das Stehvermögen der Regierung Colombo wird sich deshalb nicht an den Ende August verabschiedeten Maßnahmen messen lassen, sondern daran, ob die auf Expansion in der Stabilität gerichtete sog. Carli-Colombo-Linie in der Lage ist, die reformfreundige Linke auf Kurs zu halten. Das wird für den Bestand des Koalitionskabinetts und damit für die neue wirtschaftspolitische Linie von größerer Bedeutung sein als die Einstellung der Gewerkschaften, die sich einer Beeinflussung durch die Regierung ohnehin weitgehend entzieht.

Kein Edelstein.



Edelstahl.

Kostbar, nicht kostspielig.
 Langlebig, nicht langweilig.
 Phoenix-Edelstahl.
 Edelstahlhart. Macht vieles leichter.
 Edelstahl von Schoeller-Bleckmann.
 Fortschritt aus Tradition.
 Führung durch Forschung.
 Schoeller-Bleckmann.
 Vom Fachmann genannt.
 (In der Welt bekannt.)
 Weiter geht's, immer weiter.
 Wo gibt's ein ungelöstes Edelstahlproblem?

SCHOELLER-BLECKMANN

Stahlwerke AG

63 06 91